

II/35

Hannover, 2. Mai 1947.

Telefon 20 951 / 52

Französische Lehre

P.R. In Frankreich ist man wieder einmal bemüht, eine Regierungskrise beizulegen. Wie im hohen Alter der Dritten Republik, so scheint auch in der Jugend der Vierten durch ein solches Bemühen ein gut Teil der innerpolitischen Kraft Frankreichs absorbiert. Dieselben Übel - die für die Zwecke der Regierungsbildung besonders unglücklichen Parteienverhältnisse und damit die Labilität der Regierungen selbst - bestimmen auch heute das politische Bild Frankreichs; das gerade in dieser Zeit seines Wiederaufbaues mehr als jemals auf politische Einigkeit angewiesen ist. Der Hauptgrund liegt darin, dass gerade die stärkste Partei, die Kommunisten, besonders schwer zu einer Harmonie mit ihren Partnern zu bringen ist, und zwar weil sie in ihren politischen Entschlüssen nicht frei ist.

Die Schwierigkeiten der französischen Koalition zwischen Kommunisten, Sozialisten und bürgerlicher Fortschrittspartei, wenn man die MRP einmal so nennen will, sind die gleichen oder ähnlichen, wie sie das italienische Dreiparteiensystem mit sich gebracht hat. Sie liegen in der grundsätzlichen Uneinheitlichkeit dieser Parteien, die vorübergehend durch den gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Gegner und später durch sehr vorsichtiges Manövrieren überbrückt werden konnte. In der Saarfrage sind zum Beispiel alle französischen Parteien für den Wirtschaftsanschluss an Frankreich, mit Ausnahme der Kommunisten, weil Molotow einer solchen Regelung widerspricht, die nicht <sup>mit</sup> den eigenen russischen Wünschen für die Behandlung des deutschen Westens übereinstimmt.

Diese innerpolitische Situation in Frankreich hat nun durch die Ereignisse um die Person des Generals de Gaulle eine Verschärfung erfahren. Der Kommunist Thorez wandte sich besonders scharf gegen die Sammelbewegung

des Generals, des, wie er sagte, "Hauptes der Reaktion, das die alten Vichy-Leute und Collaborationisten hinter sich hat", und identifiziert sich noch einmal mit den wichtigsten Punkten der russischen Deutschlandpolitik auch dort, wo zwischen der französischen und der russischen Regierung durchaus keine Einigkeit besteht. Die Kommunisten greifen auch unverändert scharf die Kolonialpolitik der Regierung an und die Kritik des Präsidenten Auriol durch die französische Union hat angesichts der in ihr wirksamen zentrifugalen Kräfte fast den Charakter einer beschwörenden Geste angenommen, das gemeinsame Vaterland Frankreich nicht im Stich zu lassen. Bidault hat zwar, wie er sich ausdrückt, "etwas Kohle aus Moskau" mitgebracht - für deutsche Begriffe eine recht anschauliche Menge - aber die französische Öffentlichkeit ist trotzdem nicht zufrieden, weil es ihr mit dem Wiederaufbau zu langsam vorwärtgeht. Die Produktions-schwierigkeiten seien gross, erklärte Ramadier, und zwar sowohl wegen der mangelnden Energiequellen (ein Hinweis auf den Kohlenmangel fehlt in keiner derartigen französischen Feststellung), wie wegen des Ausfalls wertvoller notwendiger Arbeitskräfte nach einem Fortgang der deutschen Kriegs-gefangenen. De Gaulle aber zieht aus allen diesen Schwierigkeiten den Nutzen. Noch sind der Kommunismus und die Bewegung de Gaulles gewisse keine gleichwertigen Kräfte, aber die Kommunisten erkennen die Gefahr, die übrigens auch den anderen Parteien droht, nicht zuletzt den Sozialisten. Die von ihm ausgehende gemeinsame Gefahr hat bisher nicht ausgerichtet, die Harmonie zwischen den Parteien auch nur soweit sie zur praktischen Arbeit notwendig ist, zu sichern. Die prinzipiellen Auffassungsunterschiede zwischen klerikalen Bürgerlichen, demokratischen Sozialisten und beskauverpflichteten Kommunisten sind dafür zu gross. Auch wenn es gelingt, den neuen Riss zu kitten, bliebe die tiefe Kluft, die es verblüßt, dennoch bestehen.

Für den deutschen Betrachter ergibt sich aus den französischen Vorgängen vor allem die Lehre der grossen Anfälligkeit von Koalitionen aufzuungleichmässiger Partner. Auch zwei deutsche Länder der britischen Zone sind gegenwärtig um die Bildung einer Regierung bemüht. Die Franzosen sind mit den deutschen Verhältnissen kaum in irgendeinem Punkt zu vergleichen, es sei denn in dem, dass eine allzu-grosszügige Auslegung von Grundsätzen bei der Aufstellung einer Koalitionsregierung die Schwierigkeiten im Augenblick vielleicht mildert, oder gar aus dem Wege schafft, aber nur, um sie mit desto angenehmerer Wirkung später wieder auflieben zu lassen.

(m/1/25/1/ae)

### Das neunte Schuljahr

Von Max Peters, Stadtrat a. D.

Die Einführung des 9. Schuljahres findet nicht bei allen Familien der Bevölkerung eine freundliche Aufnahme. Sowohl Eltern wie Schüler und auch zum Teil Lehrer sind über die Verlängerung der Schulzeit nicht erfreut. Die Eltern sehen hierin zuweilen eine materielle Benachteiligung, die sie höher veranschlagen als den erzieherischen Gewinn für ihre Kinder. Auch die Schüler haben im allgemeinen nicht das Bestreben, die Lücken, die der Unterricht in der Kriegszeit hinterlassen hat, zu schliessen. Sie sehnen sich nach einer grösseren Freiheit, die sie durch den Eintritt in das Wirtschaftsleben erwarten. Schliesslich sind auch manche Lehrer nicht erbaut davon, sich mit den älteren Schülern noch ein Jahr länger beschäftigen zu müssen. Es wird die Auffassung vertreten, dass ein weiterer Besuch für die älteren Schüler doch keinen praktischen Wert habe.

Die Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr stellt zunächst eine Notmassnahme dar. Sie kann aber zu einem bedeutenden Schritt in dem erstrebenswerten Ziel einer gründlichen Reform des Schul- und Berufsausbildungswesens werden. Die Ausdehnung der Volksschulzeit bis zum vollendeten 16. Lebensjahr und eine damit im Zusammenhang stehende Verkürzung der praktischen Berufsausbildungszeit ist eine mehr als 60 Jahre alte Forderung der Arbeiterjugendbewegung und der fortschrittlichen Pädagogen. Die wirtschaftliche und vor allem die technische Entwicklung in dieser Zeit hat die Berechtigung dieser Forderung nur noch erhöht. 14- bis 16jährige Menschen sind in jeder Beziehung noch Kinder. Weder körperlich noch geistig sind sie für die Berufs- und Erwerbsarbeit vorbereitet.

Die Zeit bis zum 16. Lebensjahr müsste benützt werden, um dem jungen Menschen neben seiner körperlichen Kräftigung eine Einführung in das Wirtschaftsleben zu vermitteln, so dass er als Vorbereiteter mit dem 16. Lebensjahr in die eigentliche praktische Arbeit eintreten kann. Dann wird die Wahl des Berufes mit einer grösseren Treffsicherheit als heute vorgenommen werden können und der Jugendliche wird mit einer viel stärkeren inneren Bestimmtheit in den neuen Beruf eintreten. Unter dieser Voraussetzung könnte die praktische Lehrzeit auf zwei Jahre herabgesetzt werden, so dass mit dem vollendeten 18. Lebensjahr der junge Mensch in seinem Beruf ausgebildet ist.

Die Not unserer Zeit lässt eine solche wünschenswerte Reform des Schul- und Berufsausbildungswesens vorläufig nur beschränkt zu. Die Einführung des 9. Schuljahres würde aber als ein bedeutsamer Schritt zu diesem Ziele begrüsst werden. Voraussetzung ist freilich, dass es obligatorisch ist und dass es einen entsprechenden berufsvorbereitenden Inhalt erhält. Der Unterricht der 14- bis 16-jährigen wird nicht so sehr an das Schulhaus gebunden sein, wie es bei den anderen Jahrgängen nötig ist. Zur Kräftigung des Körpers der Schüler wird Sport und Spiel im Freien einen weiten Raum einnehmen müssen. Daneben sind Besichtigungen von Betrieben, technischen Anlagen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen erforderlich, um die 14-jährigen mit dem Wirtschafts- und öffentlichen Leben vertraut zu machen. Der praktische Anschauungsunterricht ausserhalb der Schule wird eindringlicher sein als theoretische Vortrags im Klassenraum. So dürfte sich der Schulraummangel nicht aufdringlich bemerkbar machen. Auch der Lehrermangel lässt sich durch Heranziehung von Helfern aus den Reihen der Gewerkschaften und der Jugendbewegung ausgleichen. In diesen Kreisen gibt es pädagogisch befähigte Kräfte, die für diese Mitarbeit ausserhalb des Schulhauses wohl geeignet sind. In den kleinen Landgemeinden wird zwar die Durchführung dieser Massnahmen schwieriger sein als in den Städten. Es müsste aber gelingen.

aus den in der Nähe gelegenen grösseren Orten die erforderlichen Lehrkräfte heranzuholen.

So kann auch das aus der Not der Zeit geborene 9. Schuljahr eine grosse Bedeutung für die Erziehung unserer Jugend und des beruflichen Nachwuchses erlangen, und es wäre erwünscht, dass diese Einrichtung von allen beteiligten Kreisen, insbesondere der Elternschaft nach Kräften unterstützt würde. Eine Verlängerung der Schulzeit schafft die Voraussetzung für eine Verkürzung der Lehrzeit, so dass durch die Einführung des 9. Schuljahres für Eltern und Schüler eine materielle Benachteiligung nicht zu entstehen braucht. (b/B21/14/1/he)

### "Russland muss sich entscheiden"

Der ehemalige französische Botschafter, Francois-Poncet, befasst sich in "Daily Telegraph" mit der Zukunft Europas und kommt zu dem Ergebnis, dass es allein an Russland liege, darüber zu entscheiden, ob ein Westblock gebildet werde oder nicht. Die Sowjetunion allein habe zu wählen, ob sie ins Europäische Konzert eintreten oder sich von ihr lösen wolle. Die Politik, die sie verurteile, sei nur in ihrer eigenen Einbildung gefährlich. In Wirklichkeit biete sich Gelegenheit zur Zusammenarbeit, zur Festlegung klar umgrenzter Einfluss-Sphären und zum gegenseitigen, auf gutem Willen basierenden Verständnis. Francois-Poncet schreibt wörtlich:

Wenn aber die Sowjetunion im Namen unserer Prinzipien etwas fordert", so heisst es in dieser Darstellung, "was sie uns im Namen ihrer eigenen Verweigerung möchte, wenn sie hinter ihrem eisernen Vorhang in der Isolierung verbleiben will oder wenn sie durch ihr Veto oder ihr Fernbleiben die Anstrengungen zur Erfolglosigkeit verdammt, sie jetzt zur Stabilisierung und Stärkung gemacht werden, wenn sie die Weltrevolution durch Agenten oder Parteien betreibt, die direkt oder indirekt mit ihr verbunden sind, wenn sie das Erbe des Nazismus antreten will und wie Hitler sich schliesslich ausserstande sehen wird, ihre Ambitionen rechtzeitig zu bremsen, wenn sie sich weiter bemüht, auf hinterlistige Weise die Herrschaft über Deutschland zu gewinnen und das Land zu bolschewisieren, um es zu einem Instrument für ihre Absichten und zur Vorhut eines Stosses gegen den Westen zu machen - wenn sie das tun würde, so würde sie sich unweigerlich einem feindlichen Block gegenübersehen, dessen Bildung sie sich selbst zuzuschreiben haben würde. Das ist meines Erachtens der Sinn der Warnungen, die Männer wie Präsident Truman, Bevin und Churchill gaben und die nicht nur bei den Demokraten und Republikanern in Amerika, den Konservativen und Sozialisten in England, den Sozialisten, Radikalen und Gemässigten in Frankreich und, allgemein gesprochen, in der ganzen Welt von all denen beifällig aufgenommen wurden, die zu Recht oder zu Unrecht an einer Konzeption des Lebens und der Humanität festhalten, die im Widerspruch zu der kommunistischen steht. Das ist der einfache Gedanke, der die Gefühle und Handlungen dieser Leute bestimmt. Er ist nicht aggressiv, sondern rein defensiv. Man sollte glauben, dass die Herrscher des Kreml sich nicht weigern, dies zu verstehen, aber nachdem die Moskauer Konferenz jetzt mit einem Misserfolg endete, kann man kaum glauben, dass sie vernünftig genug sind, dies zu tun." (b/Blo/15/1/he)

### Deutsche Militärformationen in der Sowjetunion?

Von unserem französischen Korrespondenten Alfred Frisch - Paris

Unter dem Titel "Die neue deutsche Armee" veröffentlichte dieser Tage die Pariser Zeitung "Epoque" einige recht erstaunliche Mitteilungen über angeblich deutsche Militärverbände in der Sowjetunion. Wenn man auch den Meldungen dieser rechtsstehenden, betont antikommunistischen französischen Zeitung nicht unbedingt Glauben schenken kann, scheint uns trotzdem die Angelegenheit wichtig genug, um die wesentlichsten Punkte des Artikels kurz wiederzugeben:

Im November 1946 soll in Moskau ein "Militärkomitee für die Erneuerung Deutschlands" gegründet worden sein, gewissermassen als Nachfolger des "Freien Deutschlands" und der "Vereinigung deutscher Offiziere", zwei hinreichend bekannte Organisationen, die während des Krieges unter der Leitung der Generale von Paulus und von Seydlitz standen.

Nach Angaben der "Epoque" sei die erste Aufgabe dieses neuen Komitees die Auswahl und die Ausbildung von 10.000 deutschen Offizieren. Es stehe unter der Leitung des Leutnants Grafen von Einsiedeln, eines der ehemaligen stellvertretenden Präsidenten des "Freien Deutschland". v. Einsiedeln sei ein Schützling des Feldmarschalls Wassilewsky und hoher Parteifunktionäre. Ein Beweis für die Gunst, deren er sich in Russland erfreue, sei seine Zulassung zur sowjetrussischen Militärakademie.

Die französische Zeitung behauptet, dass das vorläufige Arbeitsprogramm des "Militärkomitees für die Erneuerung Deutschlands" folgende Punkte umfasse: 1. Unterrichtung in der russischen Sprache für alle deutschen Offiziere, die Mitglieder des Komitees sind, 2. Abhaltung von drei Sonderkursen zum Studium der Geschichte Russlands, der Sowjetunion und ihrer Beziehungen mit Deutschland, 3. Unterricht in der Militärwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der notwendigen Anpassung der modernen Industrie an die militärischen Erfordernisse.

Es ist bezeichnend, daß die Pariser Zeitung ihre Ausführungen mit folgendem Satz abschliesst: "Wenn es heute eine deutsche Gefahr gibt, dann besteht sie in einem deutsch-sowjetischen Zusammenschluss."

#### Ein "Rheinbund" politischer Selbstmord

Trotz aller offiziellen Dementis tauchen in der englischen Presse in den letzten Tagen immer wieder Meldungen auf, die von ernsthaften Plänen für die Schaffung eines "Rheinbundes" wissen wollen, in dem nach dem Fehlschlagen der Moskauer Konferenz vorerst die englische und amerikanische Besatzungszone und später auch die französische Zone politisch vereinigt werden sollen. So behauptet Robert Stephens, der Berliner Vertreter des "Scotchman", in einem "Zwei-Deutschland" überschriebenen Artikel, es seien auf einer Reihe von inoffiziellen Besprechungen der Ministerpräsidenten der acht Länder in der anglo-amerikanischen Zone Methoden der politischen Koordination, die absolut unumgänglich sei, wenn die wirtschaftliche Vereinigung Erfolg haben sollte, besprochen worden. Das Ergebnis dieser Besprechungen sei der Vorschlag eines bizonalen "Direktoriums" gewesen. Das aber zielt auf nichts anderes als auf die Schaffung eines neuen Staates in Europa ab. Dieser "Rheinbund" würde mit seinen 46 Millionen Menschen noch immer einer der grössten und bedeutendsten Europas sein, auch wenn er das "Kind des Fehlschlages von Moskau" sei. Die Führer der beiden grössten Parteien, Schumacher von den Sozialdemokraten und Adenauer von den Christlichen Demokraten, hätten bisher an den Besprechungen und Verhandlungen über die "politische Fusion" Westdeutschlands nicht teilgenommen. Ein führender Sozialdemokrat in der britischen Zone habe ihm jedoch vor kurzem erklärt: "Allein der Gedanke, die Schaffung einer besonderen provisorischen Regierung für die britische und amerikanische Zone zu unterstützen, wäre gleichbedeutend mit dem politischen Selbstmord für jede Partei!" Es bestünde kein Zweifel, dass der grosse Wunsch der deutschen Bevölkerung das Fortbestehen eines Deutschland und nicht die Schaffung von zwei bleibe, d.h. die Aufhebung der Zonengrenzen, und die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland. Dieser Wunsch werde auch dem derzeitigen politischen Weltstillstand überdauern und werde sicherlich auch jeder denkbaren "Zwei-Deutschland-Lösung" einen nur provisorischen Charakter verleihen. (b/Bio/25/1/ko)



"Bleibt den sozialistischen Prinzipien treu!"

Von 15 bekannten Labour-Abgeordneten, unter denen sich u.a. Richard Crossan, Major Donald Bruce, Jan Mikardo und Michael Foot, der bekannte Leitartikler des "Daily Herald" befinden, ist soeben eine Broschüre herausgebracht worden, die den Titel "Keep left!" ("Bleibt links!") trägt und sich gegen die von der Regierung Attlee dem Toryismus gemachten Konzessionen wendet. Die Verfasser der Broschüre, die sich bisher kaum an der Kritik der Regierung beteiligten, sind bekümmert wegen der zunehmenden Neigung der Labourregierung, von den "sozialistischen Prinzipien" abzuweichen und treten für radikale sozialistische Massnahmen ein, weil nur durch sie eine rasche Besserung der gespannten Lage in England erzielt werden könne. Sie haben dabei vor allem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Auge, die nach ihrer Ansicht dem Beveridgeismus zuzuschreiben sind. Da der Jahresabschluss der Labour-Party mit einem Defizit von über 15.000 Pfund abschliesst, finden zur Zeit zwischen den Parteiführern Besprechungen mit Vertretern der Gewerkschaften statt, um eine Erhöhung der Beiträge zu erreichen. Eingeleitet wurden die Verhandlungen vom Kassensführer der Partei, Arthur Greenwood. (b/Ble/25/1/he)

-----  
 Die Verantwortung der KP  
 -----

"Vor allem die älteren Mitglieder der SPD sahen sich mit allen Fasern ihres Herzens nach einer Einheit der Arbeiterparteien, ja, sie hätten gewünscht, dass diese Einheit nie gestört worden wäre. Aber die Kommunisten haben sich nach 1918 von der SPD getrennt, weil sie die Demokratie nicht nur verleugneten, sondern sie mit Vehemenz bekämpften. Geschichtliche Wahrheit ist, dass die Kommunisten hervorragend an der Zerstörung der Demokratie von Weimar mitwirkten, teils bewusst, teils unbewusst. Als im April 1932 bei der preussischen Landtagswahl Nazis, Kommunisten und Deutsche nationale die Mehrheit erlangten, haben sie gemeinsam die Regierung Braun-Seydewitz gestürzt und durch Annahme der gegenseitigen Misstrauensvoten aktionsunfähig gemacht.

Damals wies der demokratische Abgeordnete Döhl den kommunistischen Abgeordneten Obuch darauf hin, das Zusammenspiel von KPD und NSDAP müsse über kurz oder lang Hitler an die Macht bringen. Obuch antwortete: "Kollege Döhl, das wollen wir ja gerade! Wir Kommunisten sind uns darüber klar, dass wir niemals eine Chance haben werden, zur Macht zu kommen, solange die in der Freiheit und in der Christlichen Gewerkschaft organisierten Arbeiter hinter der Regierung Braun stehen. Wir müssen darum so textieren, dass zunächst einmal die Rechte zur Macht kommt. Gegen diese Regierung wird dann die gesamte Arbeiterschaft geschlossen in Opposition gehen. Die Herrschaft der Nazis wird nicht lange dauern. Sie wird bald zusammenbrechen und die Erben sind dann wir."

Nun sagen die Kommunisten, sie hätten damals geirrt, jetzt seien sie Demokraten geworden. Möge diese Erkenntnis ehrlich und von Dauer sein. Aber dann hat auch die KP jede Existenzberechtigung verloren. Die Kommunisten, die vor 25 Jahren ihre Mutterpartei verliessen, weil sie keine Demokraten mehr waren, sollen jetzt, wenn sie wieder Demokraten geworden sind, zu ihrer Mutter, der SPD, zurückkehren. Allein das wäre der gerade und edlere Weg. Aber was tut sich in der Ostzone ereignet, erinnert an die nazistischen Methoden der Gleichschaltung zugunsten der KP." (Innenminister Fritz Ulrich auf dem 2. Landesparteitag der SPD am 26. und 27. April in Esslingen/Neckar). (b/B52/15/1/he)

-----  
 Verantwortlich i. V. Peter Rounau, Hannover.  
 -----